

Beschluss (Ziffer 2 – 4 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER):

1. Die Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität im Büro der 3. Bürgermeisterin und die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität lassen eine Übersicht über die Religions-, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften in München erstellen und digital so aufbereiten, dass Stadtpolitik, Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft einen grundlegenden Eindruck der religiös-weltanschaulichen Vielfalt der Stadt gewinnen können.
2. Die Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität im Büro der 3. Bürgermeisterin und die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität werden beauftragt, die Lage von ungleich behandelten religiös-weltanschaulichen Gruppen in München zu eruieren und infolge ein partizipativ gestaltetes Konzept für eine bessere Gleichstellung zu erarbeiten.
3. Die Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität im Büro der 3. Bürgermeisterin und die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität werden beauftragt, eine Fachkonferenz zum Thema Umgang mit Religions-, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften auszurichten. Die federführenden Zuständigkeiten der anderen Querschnittstellen bleiben dabei gewahrt.
4. Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2024 einmalig erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel für die Erstellung einer digitalen Übersicht über Religions-, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften (ca. 25.000 Euro) die Befragung der Situation und Bedarfe von Religions-, Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften (ca. 20.000 Euro) die Durchführung einer Fachkonferenz (ca. 10.000 Euro) sowie für die Jahre 2025 und 2026 einmalig erforderlichen zahlungswirksamen Haushaltsmittel zur Pflege des Religionsmonitors mit je ca. 2.500 Euro aus eigenen Budgetmitteln zu finanzieren (Innenaufträge 603930000, 603930010 und 603930020, Profitcenter 40111260).
5. Der Antrag Nr. 20-26 / A 02744 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste und der SPD / Volt - Fraktion vom 13.05.2022 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
6. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03959 von der Fraktion CSU mit FREIE WÄHLER vom 04.07.2023 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
7. Der Auftrag des Sozialausschusses zur Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04395 vom 23.09.2021 ist behandelt.
8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

